

Die Grundwerte der Sozialen Demokratie

von Dr. Christian Krell

Leiter der Akademie für Soziale Demokratie, FES

Werte – Retro?

In den letzten 20 Jahren schienen Werte in der Politik ziemlich retro. Als rückwärtsgewandt, altmodisch, bestenfalls romantisch wurde es wahrgenommen, wenn Werte bemüht wurden. Nur einige, scheinbar unverbesserliche Altlinke, Traditionalisten oder vergangenheitsverliebte Konservative, die die neue Zeit einfach noch nicht verstanden, dachten öffentlich über Werte nach.

Deregulierung, Privatisierung, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit; diese Chiffren bestimmten nicht nur die ökonomischen Debatten, sondern griffen über auf Bildung, Gesundheit oder Wissenschaft und fast alle Bereiche der Gesellschaft. Die Durchökonomisierung der Gesellschaft kannte keine Grenzen. Werte oder die Auseinandersetzung mit politischen Grundwerten spielten entsprechend kaum eine Rolle. Im Gegenteil: Von der Politik wurde in jenen Tagen eine pragmatische Orientierung jenseits von rechts und links verlangt. Es galt entgrenzt von altem Lagerdenken, Sachzwänge zu akzeptieren und eine moderne Politik losgelöst von hergebrachten Wertmustern zu verfolgen.

Die Bedeutung der Werte

Bemerkenswert ist, dass der damit einhergehende Verzicht auf Wertedebatten und ihre orientierende Kraft im politischen Spektrum sowohl konservative als auch progressive Kräfte traf. Konservative Wertvorstellungen oder Tugenden wie Ordnung, Familie, die Nation, die Schöpfung oder Treue wurden im Zuge der Durchökonomisierung aller gesellschaftlicher Sphären ebenso an den Rand gedrängt,

wie progressive Bezüge zu Gerechtigkeit, Solidarität oder Freiheit.

Dieser Verzicht auf Wertedebatten ist folgenreich, einerseits für die politischen Parteien, andererseits für die Demokratie insgesamt. Schließlich sind alle politischen Strömungen zur Ausrichtung, Abgrenzung und Legitimation ihrer Politik auf Werte und werteorientierte Bezugsrahmen angewiesen. Wenn sie ihre Politik und ihr Handeln nicht wertebasiert begründen können, verlieren sie ihren Identitätskern. Die Demokratie – die von der Wahl zwischen abgrenzbaren Alternativen lebt – verliert dramatisch an Zustimmung, wenn die wesentlichen politischen Strömungen als ununterscheidbare Vertreter der gleichen Ökonomisierung der Gesellschaft erscheinen.

Diese Entwicklung ist für eine progressive Bewegung wie die Sozialdemokratie besonders schwierig. Denn als Repräsentantin eines fortschrittlichen Politikverständnisses war und ist sie immer darauf angewiesen, ein Bild der Zukunft zu entwerfen. Anders als beispielsweise die Konservativen – die sich im Zweifelsfall auf die „gute alte Zeit“ berufen können – müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zeigen, wie eine zukünftige Gesellschaft aussehen soll, die besser, gerechter, freier und solidarischer ist, als die gegenwärtige: „Das bessere Morgen“ – egal, ob man es Erzählung, Entwurf, Idee oder konkrete Utopie nennt. Die Sozialdemokratie verliert ihren Wesenskern, wenn sie ihre Politik nicht immer auch an einem klaren Wertegerüst ausrichten kann.



Die Entstehung der Grundwerte

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – so beschreibt die Sozialdemokratie heute ihre Grundwerte. Wer die Anfänge dieser Werte als moderne politische Grundwerte sucht, muss zwei Entwicklungen im ausgehenden 18. Jahrhundert in den Blick nehmen: Erstens die Aufklärung, und hier insbesondere die politische Philosophie Immanuel Kants, und zweitens die Französische Revolution.

Als Philosoph der Aufklärung hat Kant in seinem Nachdenken über die Gesellschaft und ihre Ordnung die liberalen Prinzipien entwickelt.

„1. Die Freiheit jedes Gliedes der Sozietät, als Menschen.

2. Die Gleichheit desselben mit jedem anderen, als Untertan.

3. Die Selbstständigkeit jedes Gliedes eines gemeinen Wesens, als Bürgers.“¹

Für die Sozialdemokratie ist die Philosophie Kants hoch bedeutend. Immer wieder haben Linkskantianer das Programm und das Grundwerteverständnis der Sozialdemokratie geprägt. Willi Eichlers maßgeblicher Einfluss auf das Godesberger Programm ist nur ein Beispiel dafür.

Die Französische Revolution setzte die Gedanken der Aufklärung in eine politische Bewegung um, die überall in Europa die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse berührte. Ihr Wahlspruch lautet:

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Diese Prinzipien wurden zunächst vom politischen Liberalismus aufgegriffen. Sie sollten – das war das revolutionäre an ihnen – für jeden

Menschen gleichermaßen Lebenswirklichkeit werden, unabhängig von Stand, Geschlecht oder Religion. Das war im Zeitalter des Feudalismus und Absolutismus eine schier unerhörte Forderung!

Der Liberalismus hat diese Prinzipien mit einem politischen und wirtschaftlichen Programm verknüpft: Verfassungsstaat, Menschen- und Bürgerrechte, Eigentums- und Gewerbefreiheit. Trotz der im 19. Jahrhundert andauernden Vorherrschaft konservativer Kräfte konnte der Liberalismus beeindruckende Erfolge erzielen. Dabei wurden die ökonomischen Forderungen nach Marktfreiheit wesentlich schneller und weitreichender verwirklicht, als die Forderungen nach politischer Freiheit. Der Kapitalismus konnte sich so immer freier entfalten und enorme Produktivkräfte freisetzen. Die Träger des Liberalismus – die aufstrebenden kaufmännischen und besitzenden Schichten – waren die Profiteure dieser Entwicklung.

Hier setzt allerdings auch die Widersprüchlichkeit des Liberalismus ein: Durch den sich entfaltenden Kapitalismus und die Industrialisierung kam es zu neuen Verwerfungen. Die Not und Armut der sich neu herausbildenden Schicht der besitzlosen Lohnarbeiter stand in krassem Gegensatz zum wachsenden Wohlstand des Besitzbürgertums. Der Anspruch des Liberalismus, Freiheit – ein selbstbestimmtes Leben – gleichermaßen für jeden und jede zu verwirklichen, scheiterte an der kapitalistischen Wirklichkeit. Schließlich führte die wachsende ökonomische Freiheit eben nicht zur echten Freiheit aller, sondern zur Freiheit der Besitzenden und zu neuen Abhängigkeiten der Besitzlosen.

Der Liberalismus hat diesen Widerspruch nicht auflösen können oder wollen. In diese Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist schließlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahr-

¹ Immanuel Kant (1793), Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis, zitiert nach: Wilhelm Weischedel (Hrsg.) (1977), Immanuel Kant, Werkausgabe Band XI: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, S.145.

hunderts die Sozialdemokratie gestoßen. Sie hat die Werte der Aufklärung und des Liberalismus aufgegriffen und um die soziale und ökonomische Dimension ergänzt. Freiheit als gleicher Freiheitsspielraum, der jedem Menschen zusteht, muss immer auch sozial unterfüttert sein. Unbegrenzte Marktfreiheit, die keine Rücksicht auf soziale Verwerfungen nimmt, schränkt die Freiheit jener massiv ein, die im freien Spiel der Marktkräfte verlieren.

Aus dieser Perspektive hat die Sozialdemokratie die Prinzipien der Aufklärung konsequenter und umfassender gedacht als der Liberalismus. Die ersten Programme der Sozialdemokratie griffen deshalb nicht nur eine Reihe ganz konkreter Forderungen auf (Abschaffung der Kinderarbeit, gleiches Wahlrecht, wechselseitige Unterstützung bei Arbeitslosigkeit etc.) sondern kreisten immer wieder um die Vorstellung gleicher Freiheit, oft zum Ausdruck gebracht in der Wendung „gleiche Rechte und gleiche Pflichten.“

Für die junge Arbeiterbewegung war dabei klar, dass gleiche Freiheit unter ungleichen Voraussetzungen nur in einer solidarischen Gesellschaft verwirklicht werden kann. Besonders Lassalle hat sein Freiheitsverständnis in Bezug gesetzt zu einem Gemeinwesen, in dem die solidarische Verbundenheit untereinander gewährleistet, das Freiheit für jeden Menschen möglich wird und in dem die Freiheit des einen nicht die Freiheit des anderen untergräbt.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – Werte im Wandel

Neuinterpretationen, Streit, Rückbesinnung – das Werteverständnis der Sozialdemokratie war in den 150 Jahre ihres Bestehens immer im Wandel. Zeitgemäße Interpretationen, neue Herausforderungen und Einsichten haben immer wieder zu leidenschaftlichen Debatten darüber geführt, wie die Werte zu

verstehen sind und was sie für die konkrete Politik bedeuten.

Das 1959 verabschiedete Godesberger Programm zog gewissermaßen eine Zwischenbilanz einer seit längerem andauernden Debatte zur Theorie und Praxis der Sozialdemokratie. Hier wurden die Grundwerte nicht nur in ihrem Gehalt sondern auch in ihrem Verhältnis zueinander in den Blick genommen.

Freiheit wurde als die Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben beschrieben, die die Freiheit von Not und Furcht voraussetzt. Gerechtigkeit, der zweite Grundwert, wird im Godesberger Programm als eine Bedingung der Freiheit gekennzeichnet. Denn die gleichen Freiheitsrechte verlangen nicht nur eine Gleichbehandlung aller Menschen vor dem Gesetz, sondern auch eine gerechte Verteilung materieller und immaterieller Güter. Solidarität als dritter Grundwert wurde nicht nur als ein Verantwortungsgefühl der Menschen füreinander entwickelt. Es wird auch deutlich, dass sie eine konkrete Erfahrung der Arbeiterbewegung war. Dort, wo sich Menschen solidarisieren und füreinander einstehen, können sie auch Unterdrückung, Entrechtung und Armut überwinden.

Die Grundwerte – so das Godesberger Verständnis – können nicht gegeneinander abgewogen werden. Im Gegenteil: Sie sind gleichberechtigt und gleich wichtig. Und mehr noch: Sie bedingen sich wechselseitig und sie erläutern einander. Das Beispiel der Solidarität macht es deutlich. Solidarität für sich genommen muss nicht zwingend im Sinne der Grundwerte Sozialer Demokratie wirken. Solidarisches Handeln kann es etwa im Bereich von nationalkonservativen Burschenschaften oder kriminellen Banden geben, mit Sozialer Demokratie hätte das allerdings nichts zu tun. Erst im Verbund miteinander entfalten die Grundwerte ihren Gehalt vollständig.

Immer wieder kam die Frage auf, ob die Trias der Grundwerte nicht ergänzt werden muss. Besonders leidenschaftlich wurden diese Debatten bei der Diskussion zum Berliner Programm (1989) und zum Hamburger Programm (2007) geführt. Nachhaltigkeit etwa wurde als neuer Grundwert vorgeschlagen. Diese Überlegungen sind nachvollziehbar, ist eine nachhaltige Entwicklung doch angesichts der dramatischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen von unbestritten hoher Bedeutung. Überzeugen konnte dieser Vorschlag aber letztlich nicht. Nachhaltigkeit ist ein zentrales Handlungsprinzip, das bei der Umsetzung der Grundwerte leitend sein muss. Ein politischer Grundwert an sich ist es nicht.

Das jüngste Programm der SPD – das Hamburger Programm – leistet eine zeitgemäße Interpretation der drei Grundwerte für eine globalisierte Welt. Was bleibt nach 150 Jahre Wertgeschichte der Sozialdemokratie? Erhalten geblieben ist immer der Kerngedanke: Gleiche Freiheit durch Solidarität.

Werte in Zeiten der Krise

Werte bündeln Erfahrungen. Sie sind Ausdruck von Überzeugungen, Erkenntnissen und Erlebnissen. Werte speisen sich also aus der Vergangenheit. Zugleich müssen sie immer auch eine Perspektive für die Zukunft entfalten, um Orientierung und Maßstab für politisches Handeln zu sein.

Gerade in Zeiten der Krise ist es notwendiger denn je, Werte in den Blick zu nehmen und Politik an ihnen auszurichten. Wenn Politik in der andauernden Wirtschafts-, Finanzmarkt- und Staatsfinanzenkrise mehr leisten will als situationistischen Aktionismus, müssen die einzelnen Maßnahmen durch eine übergreifende Werteorientierung miteinander verbunden sein. Öffentliche Unterstützung für politische Weichenstellungen kann und wird sich

nur einstellen, wenn klar ist, wo die Reise hingehen soll.

Umso erstaunlicher ist, dass die amtierende deutsche Bundesregierung in ihrer Krisenpolitik kaum Bezug nimmt zu sinnstiftenden Werten. In technokratischer Sprache wird Tag für Tag die Alternativlosigkeit irgendeines Mechanismus erläutert. Die Frage, warum und wofür all das wichtig ist, bleibt demgegenüber unbeantwortet.

Dabei sind die Bedingungen für wertorientierte und wertbegründete Politik günstig. In den Feuilletons, an den Universitäten und im politischen Bereich gibt es so spannende Wertedebatten wie seit langem nicht mehr. In den Talkshows wird über das Freiheitsverständnis des Bundespräsidenten und der Piratenpartei diskutiert, ein mehr an Gleichheit und Gerechtigkeit wird selbst von konservativen Publizisten angemahnt und die bange Frage, was die Krise mit der europäischen Solidarität macht, treibt die Kommentatorinnen und Kommentatoren im Fernsehen um. Die Zeiten sind vorbei, in der Wertedebatten nur auf Aktienwerte reduziert wurden. Die Annahmen des Neoliberalismus sind krachend widerlegt. Die marktradikale Ideologie ist aus der Mode gekommen, ihr Scheitern offensichtlich.

Es ist kaum nachvollziehbar, dass sich die amtierenden Krisenmanager nicht an diese Debatten anschließen und ihre Politik an orientierungs- und sinnstiftenden Werten ausrichten. Diese eigentümliche Wertentleerung politischen Handelns ist im konservativen Lager hoch umstritten, für eine fortschrittliche Politik im Sinne Sozialer Demokratie ist sie nicht hinnehmbar.

Werte heute – für das bessere Morgen

Wer die Programme der Sozialen Demokratie der vergangenen 150 Jahren liest, wird feststellen, dass der explizite Wertebezug in den

Texten oft nur einen kleinen Anteil ausmacht. Dennoch stellt er aber den tragenden und verbindenden Teil der dort genannten einzelnen Forderungen dar.

Mitbestimmung, Gleichberechtigung, Sozialstaat oder Atomausstieg – viele der Forderungen der Sozialdemokratie schienen in ihrer Zeit unerreichbar. Ihre Einbettung in ein Wertegerüst und die Orientierung der alltäglichen politischen Praxis an diesen Werten hat dazu beigetragen, dass auch scheinbar utopische Forderungen Realität für Millionen Menschen werden konnten.

Werte vereinen eben nicht nur historische Erfahrungen, sondern auch Zukunftschancen. Ernst Bloch hat in diesem Zusammenhang von dem „noch nicht“ gesprochen, dass die politische Linke nie aufgeben dürfe. Konkret als

„noch nicht im Sinne einer Möglichkeit, dass es sie geben könnte, wenn wir etwas dafür tun.“²

Gerade in Zeiten der Krise ist die lebendige und leidenschaftliche Debatte über Werte für fortschrittliche politische Kräfte unverzichtbar. In diesem Sinne sind Werte nicht nur retro, sondern auch Zukunft.

Weitere Beiträge und mehr Informationen zum Kongress finden Sie auf der Website:

www.werteundpolitik.de

² Adelbert Reif (1975), Schüsse sind Kurzschlüsse. Fragen zur politischen Situation, in: Rainer Traub/Harald Wieser (Hrsg.) (1975), Gespräche mit Ernst Bloch, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.